

Die niedersächsische Landesregierung hat in ihrer Kabinettsklausur zum Haushalt 2014 für den Bereich Personal folgendes beschlossen:

Niedersachsen wird den Tarifabschluss auf die Beamten übertragen. Die erste Erhöhungsstufe von 2,65 Prozent ist bereits rückwirkend zum 1. Januar 2013 zeit- und inhaltsgleich realisiert worden, die zweite Stufe von weiteren 2,95 Prozent soll zum 1. Juni 2014 umgesetzt werden.

Zur Absicherung ihrer finanzpolitischen Ziele und zur Gewinnung weiterer Gestaltungsräume hat die Landesregierung eine Aufgabenüberprüfung auf den Weg gebracht. Das "Projekt Aufgabenanalyse" soll Handlungsfelder für eine sinnvolle Aufgabenstruktur identifizieren sowie Möglichkeiten für Synergien, Umschichtungen und Einsparungen aufzeigen. Es sollen ressortbezogene sowie ressortübergreifende Maßnahmenpakete entwickelt werden. Erste konkrete Maßnahmen sollen bereits in die Haushaltsaufstellung 2015 einfließen.

Quelle Pressestelle der Niedersächsischen Landesregierung - 03.07.2013

Wie sind die Beschlüsse zu bewerten?

Wir anerkennen, dass die Landesregierung in den wichtigen Bereich Bildung investiert. Mehr verlässliche Betreuung und frühkindliche Bildung, besser ausgestattete Ganztagschulen und die Abschaffung der Studiengebühren sind seit langem auch gewerkschaftliche Forderungen.

Allerdings sollte das Geld dafür nicht bei den Menschen eingesammelt werden, die sich täglich für die Entwicklung und den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens engagieren.

Beamtinnen und Beamte haben es nicht verdient, dass etwa 100 Mio. € der notwendigen Zukunftsinvestitionen bei ihnen eingespart werden. Wir fordern die Landesregierung auf, diesen Kredit bei nächster Gelegenheit zurückzuzahlen. Eine gute Gelegenheit dafür bietet – bei verbesserter Haushaltslage nach der Bundestagswahl – der Wiedereinstieg beim Weihnachtsgeld.

Das „Projekt Aufgabenanalyse“ läßt uns befürchten, dass unter neuem Namen doch wieder nur Stellenabbau nach dem Rasenmäherprinzip geplant wird. Der Bericht des Landesrechnungshofs sollte hier nicht wegweisend sein. Wir meinen, dass die demographische Entwicklung und die neoliberale Entstaatlichungspolitik der Vergangenheit eher mehr Engagement des öffentlichen Dienstes erfordern, als weniger.



Arno Dick